

BEBAUUNGSPLAN NR. 136

"SCHULTENHOF"

DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE

M. 1:1000

ENTWURFS- UND FESTSETZUNGS-GRUNDLAGEN

§ 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. März 1955 (Nds. GVBl. I S. 126) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit §§ 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) in der Neufassung vom 26. November 1968 (BGBl. I S. 1237)

§ 1 Sofern die Grundzüge der Planung nicht beeinträchtigt werden, kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde in begründeten Fällen Ausnahmen gemäß § 31 (1) BBauG. von der festgesetzten Baugrenze (Überschreiten bis zu 3m) für Gebäudeteile, wie Treppentürme, erdgeschossige Kleingärten, Veranden, Windfänge, überdachte Passagen und zwar im Ausmaß von 1/3 der Gebäudelänge bzw. -breite, sofern von der Stellung der baulichen Anlagen zulassen, sowie von der Stellung der baulichen Anlagen

§ 2 Für den Fall der Nichtbefolgung des Bebauungsplanes als Satzung wird gemäß § 6 (2) der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 150,- DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 des Bundesbaugesetzes bleibt hiervon unberührt

§ 3 Garagen sind mit einem Mindestabstand von 5,0 m von den öffentlichen Verkehrsflächen zu errichten.

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dem Bebauungsplan ist eine Begründung mit überschläglicher Kostenberechnung beigelegt.

III. Ausfertigung

Kreis Osnabrück Land

Gemeindebezirk Stadt Georgsmarienhütte

Flur 9

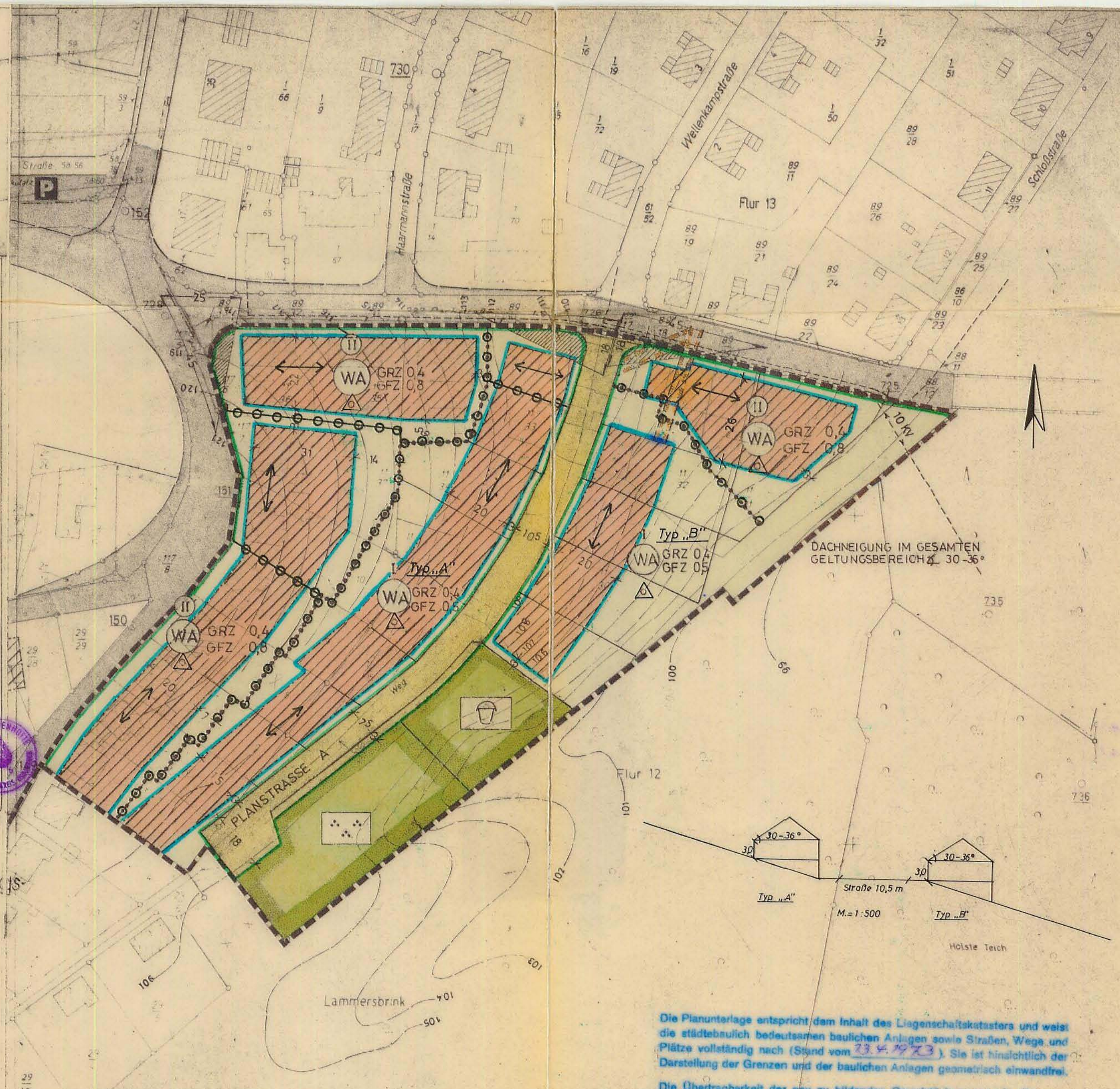
Maßstab 1:1000

Gesch. B. V/Nr. 709/73

Dem Dipl. Ing. Bennemann unter den am 13.4.1973 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom

Ausgefertigt Osnabrück, den 13. April 1973

Katasteramt
Im Auftrage
Kreider



Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege, und Plätze vollständig nach (Stand vom 23.4.1973). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.



KATASTERAMT
im Auftrage

July

FESTSETZUNGEN NACH BBAUG § 9

allgemeines Wohngebiet	WA
Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze	I
zwingend	II
Grundflächenzahl	GRZ
Geschoßflächenzahl	GFZ
nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig	△
Baugrenze	
Straßenverkehrsfläche	
öffentliches Grün (Park)	
Spielplatz	
mit Leitungsrecht belastete Fläche (überbaubar)	
Abgrenzung von Baugebieten oder des Maßes der Nutzung	
Grenze des Geltungsbereichs	
Kabel f. Elt.-Stromversorg.	

*) Längere Mittelachse des Hauptgebüdes gleich Firststrichtung.

Stellung der baulichen Anlagen *)
Abgrenzung unterschiedlicher Stellung der baulichen Anlagen
Sichtdreieck (Bewuchs über 0,80 m unzulässig)

Für die Bearbeitung des Planentwurfs Büro für Architektur + Städtebau Dipl. Ing. J. Bennemann, Georgsmarienhütte, Am Holzhauser Berg 60 Georgsmarienhütte, den 1.7. 1975

Die Stadt hat am 25. JUNI 1975 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen

Georgsmarienhütte, den 14.04.1976
Bürgermeister Stadtdirektor

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat auf die Dauer eines Monats vom 15.7.75 bis 18.8.75 einschließlich öffentlich ausgelegen

Die Stadt hat nach § 10 BBauG in der Sitzung am 30.10.1975 diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen

Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung sind am 5.7.75 ortsüblich bekannt gemacht worden

Georgsmarienhütte, den 14.04.1976
Bürgermeister Stadtdirektor

Georgsmarienhütte, den 14.01. 1976
Der Stadtdirektor

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 BBauG mit der Verfügung vom 14.1976 genehmigt worden

Die mit vorstehender Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten am 04.04.76 ausgesprochene Genehmigung ist gemäß BBauG § 12 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück öffentlich bekannt gemacht worden

Osnabrück, den 01. APR. 1976
Der Regierungspräsident
Im Auftrage

Georgsmarienhütte, den 24.05 1976
Der Stadtdirektor



Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 136 Schultenhof

Textliche Festsetzungen

Ermächtigungsgrundlagen

§ 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. März 1955 (Nds. GVBl. I S. 126) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit §§ 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Neufassung vom 26. November 1968 (BGBl. I S. 1237).

§ 1 Sofern die Grundzüge der Planung nicht beeinträchtigt werden, kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde in begründeten Fällen Ausnahmen gemäß § 31 (1) BBauG von der festgesetzten Baugrenze (Überschreiten bis zu 3,00 m) für Gebäudeteile, wie Treppentürme, erdgeschossige Kleingaragen, Veranden, Windfänge, überdachte Passagen und zwar im Ausmaß von 1/3 der Gebäudelänge bzw. breite, sowie von der Stellung der baulichen Anlagen zulassen.

§ 2 Für den Fall der Nichtbefolgung des Bebauungsplanes als Satzung wird gemäß § 6 (2) der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit den §§ 35 – 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 150,00 DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 des Bundesbaugesetzes bleibt hiervon unberührt.

§ 3 Garagen sind mit einem Mindestabstand von 5,00 m von der öffentlichen Verkehrsfläche zu errichten.

§ 4 Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dem Bebauungsplan ist eine Begründung mit überschläglicher Kostenberechnung beigelegt.